

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Jahaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugpreis: 120 Mark jährlich in Vorauszahlung. Durch die Post zu beziehen. Preis für den Abnehmer 120 Mark. Bei Abnahme von 6 Monaten 60 Mark. Bei Abnahme von 3 Monaten 30 Mark. Bei Abnahme von 1 Monat 10 Mark. Bei Abnahme von 1 Woche 3 Mark. Bei Abnahme von 1 Tag 1 Mark. Bei Abnahme von 1 Tag 1 Mark. Bei Abnahme von 1 Tag 1 Mark.

Anzeigenpreis: 10 Mark pro Zeile pro Woche. Bei Abnahme von 6 Monaten 60 Mark. Bei Abnahme von 3 Monaten 30 Mark. Bei Abnahme von 1 Monat 10 Mark. Bei Abnahme von 1 Woche 3 Mark. Bei Abnahme von 1 Tag 1 Mark. Bei Abnahme von 1 Tag 1 Mark. Bei Abnahme von 1 Tag 1 Mark.

207

Neuenbürg, Samstag den 6. September 1919.

77. Jahrgang.

## Rundschau.

Die Frage, ob der württembergische Landtag schon am 15. September, wie bisher geplant war, wieder zusammentreten darf, war neulich zweifelhaft geworden. Die Hauptaufgabe umschloß, eines Lieblingsgedankens des Ministers des Innern, Landemann, der sich mit diesem Werk vor seiner Ueberführung als Professor nach Köln wohl verabschieden möchte. Da aber das Reichsjugendgesetz in Arbeit genommen ist und Reichsrecht vor Landesrecht geht, liegt es nahe, das württembergische Gesetz bis zur Verabschiedung des Reichsgesetzes zurückzustellen und dann daran anzupfaffen. Nun fällt aber auf den 25. September das hundertjährige Jubiläum der alten württembergischen Verfassung. An diesem Tage soll die neue Verfassung durch den Landtag endgültig verabschiedet werden. Die Wichtigkeit des Landtages scheint daran festhalten zu wollen. Deshalb bleibt es bei der Wiederaufnahme der Landtagsberatungen Mitte September. Es verrät eine gewisse Regie, dem Volke den landesrechtlichen Renaubau des Landes auf diese einigermassen feierliche Weise recht eindringlich zu machen. Das Theaterstücke ist uns ja schon äußerlich durch die lange Tagung der Landesversammlung im Theater von Weimar zu einer gewissen Bekanntheit geworden.

Innerhalb bleibt dem Landtag auch noch praktische Arbeit anzuvertrauen. Er hat einen Gesetzentwurf über die Forstbewirtschaftung zu verabschieden, der dem Landtag ein Ende machen soll. Man zählt jetzt in Stuttgart 12 Mark für den Zentner württembergischen Stroh, obgleich er im Oberland von den Forstbesitzern, einschließlich Verladung auf die Bahn, nur mit 4-5 Mark verkauft wird. Wo liegen die Ursachen? Noch schlimmer ist es mit dem Leder. Die Haut eines Ochsen oder Kindes gilt jetzt zur Aufhebung der Kriegskleiderfabrik fast ebenso viel wie das Fleisch des Tieres. Darin liegt noch ein ganz besonderer Anreiz zum Schwarzschlagen, weil es doppelten Gewinn bringt. Die Regierung hat sich deshalb genötigt gesehen, die Häute dem freien Handel zu entziehen und kurzweilig zu beschlagnahmen. Das geschieht allerdings nicht vermeiden, denn das Leder hat so zu sagen die Nacht wieder dertart ausgehalten, daß ein Paar Stiefel nur mehr unter 150-200 Mark zu bekommen sind.

Kein Wunder, daß auch in der Lohnbewegung der Arbeiter keine Ruhe eintritt und immer neue Lohnzuschläge, zum Teil auch durch Anstände, wie im oberwärttembergischen Baugebiet, herangerufen werden. Auch die Bauern empfinden von Monat zu Monat härtere die Verteuerung alles dessen, was sie nicht einzukaufen genötigt sind. Dazu kommt ihr steigender Umsatz über die Befälligung durch die Zwangswirtschaft. Der Hafer ist ja jetzt frei gegeben, aber Brotgetreide unterliegt immer noch der öffentlichen Verwaltung. Die gereizte Stimmung der Landwirte hat da und dort die Gefahr des Ablieferungsstreikes nahegelegt. Deshalb sind nunmehr Lieferungszuschläge bewilligt worden, die einigermassen beruhigend wirken, aber immer noch nicht die Lasten aus der Welt schaffen, daß der allgemeine Käufer alle Konsum- und Verbrauchsartikel um das 5 bis 10fache der Friedenspreise in die Höhe getrieben hat, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders Brotgetreide, aber auch die Milch, nur noch Ueberwindung des allergrößten Widerstandes im Verkaufsstellen angesetzt werden. Steht uns doch auch schon wieder eine 50prozentige Erhöhung aller Eisenbahntarife zum 1. Oktober in Aussicht, dazu eine große Einschränkung des Eisenbahnverkehrs, daß die Verwaltung wahrscheinlich nur noch den woggenweisen Versand der Umverpacknisse, auch des Obstes, wird durchführen können. Lediglich sollte es sich immer mehr heraus, daß die Getreideernte im Jahre höchstens den mittleren Durchschnitt erreicht. Damit aber auch die Aussicht auf eine Aufhebung der Zwangswirtschaft immer weitere Ferne gerät.

Als der Reichspräsident Ebert neulich auf seiner Reise bei den württembergischen Regierungen auch in Stuttgart weilte, hielt der Minister des Innern, Dr. Landemann, eine vielbeachtete Rede. Er nahm gegen die Gleichmacherei Stellung, die uns unsere württembergische Eigenart zu berauben droht. Es muß schon etwas gekommen sein, wenn ein sozialdemokratischer Minister seinen Genossen, obendrein einem getrennten Baden, der von der Revolutionswelle an die Spitze des Reiches getragen wurde, so sehr ins Gewissen redet. Die begünstigenden Worte Eberts, der uns auch eine bessere Kohlenversorgung verspricht, müssen bald in die Tat umgesetzt werden. Sie erinnern gar zu sehr an Wahlversprechungen, wie denn überhaupt der Eindruck, daß die Oberleitung Besuche in Süddeutschland eine Wahlreise darstellten, ist jedem denkenden Politiker aufdrängend. Man befindet sich nämlich darauf, daß wir nach der Reichsverfassung den Reichspräsidenten erst noch wählen haben. Das geschieht mit Hilfe desjenigen allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie es früher für die Reichswahlen galt, nur mit dem Unterschied, daß beide Geschlechter wahlberechtigt sind und das Alter der Wähler auf 20 Jahre herabgesetzt ist.

Ueberhaupt die Wahlen! Wo bleiben sie? Alle diese Parlamente, die ja jetzt noch im Reich umeinander wetteifern, sind nach vor der Verabschiedung der verabschiedeten Verfassungen gewählt worden und bedürfen jetzt überall der Erneuerung. Obendrein besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Anschauungen der Wähler sich inzwischen vielfach geändert haben. Wenn es also wirklich Volksvertretungen sein sollen, so muß das Volk aufs neue befragt und in die Lage versetzt werden, Parlamente zu wählen, die die veränderte Volkswelt verkörpern. Die neue Politik im Reich und in den

Einzelstaaten stellt eine Kette von Vergewaltigungen des Gemüts durch beherrschende Grenzüberbreitungen des Verstandes dar. Sie ist so rationalistisch und deshalb so einseitig nur auf die augenblicklichen Tagesbedürfnisse zugeschnitten, daß zwischen ihr und der Volksseele eine immer breitere Kluft entstanden ist. Da aber jetzt alles Recht und alle Gewalt aus dem Volke geschöpft wird, kann diese Kluft, wenn nicht endlich zu einer inneren Ruhe kommen sollen, nur durch eine neue Befragung des Volkes mit dem Wahlsittel überbrückt werden.

Zu alledem kommt, daß jetzt auch noch die Existenz den Bestand unserer Reichsverfassung gefährdet. In einem Ultimatum, mit einer Frist von 15 Tagen, verlangt der Diktator unserer Feinde, der sogar bei den Franzosen als „Tiger“ verschriene Clemenceau, die Abänderung der Artikel 2 und 61 der deutschen Reichsverfassung, weil sie angeblich gegen den Friedensvertrag von Versailles verstößen. Es geht insbesondere um den dauernden Ausschluß Deutsch-Österreichs, dem das Recht der Teilnahme am Reichsrat, dem früheren Bundesrat, nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich eingeräumt ist. Da haben wir nun wieder die Segnungen des Völkervertrages. Wir erkennen sie ja auch aus dem Schmachfrieden von St. Germain, den die Entente über das unglückliche Österreich verhandelt hat. Tag und Trug waren die Willkürlichen Vorpiegelungen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der amerikanische Staatssekretär Lansing hat im Senat von Washington ganz offen zugegeben, daß über die 14 Punkte Wilsons, auf die wir so jämmerlich heringefallen sind, von den Alliierten in Paris überhaupt nie verhandelt wurde.

Aber was sollen wir dagegen tun? Proteste loslassen? Die Antwort in Paris wird wieder sein: „Sie überschweben uns mit Papier“. Auch die neuesten Butsche in der Pfalz und die französische Generalpolitik im ganzen besetzten Gebiet sprechen jedem Völkervertrag hohn. Die Feinde machen mit uns, was sie wollen. Wir aber haben zu zahlen, zu arbeiten und — mit Respekt — das Maul zu halten. Lohnslaven wie wir müssen froh sein, wenn uns wenigstens jetzt truppweise unsere armen Gefangenen heimgeschickt werden, aber unter solchen Schwierigkeiten, daß gar nicht daran zu denken ist, sie in diesem Jahre noch alle heimzubekommen. Nach Oberösterreich hat man uns amerikanische Besatzungstruppen geschickt. Im Baltikum, den russischen Ostseeprovinzen, müssen unsere Regimenter den Engländern und Franzosen Soldnerdienste leisten. Im Baltikum so, wie jemand neulich die Stellung des Deutschtums in der Welt gekennzeichnet hat: Wir sind noch eine Stufe unter die Regier gedrückt worden!

## Deutschland.

Stuttgart, 5. Sept. Das Gesetz betreffend die Landwirtschaft, das der Landtag in seiner Sessungsberatung zu beraten hat, will dem Raubbau unserer Forstlager entgegenwirken, vor allem aber dem Staat weitgehende Befugnisse zur Enteignung von Grundstücken, Anlagen und Geräten zur Forstgewinnung und Forstwirtschaft einräumen. Der Entschädigung werden nicht die jetzigen außerordentlichen Verhältnisse, sondern im wesentlichen die vor dem Kriege zugrunde gelegte, jedoch Spekulationskäufer nicht auf ihre Rechnung kommen werden.

Berlin, 5. Sept. Die deutsche Antwort auf die feindliche Forderung einer Verfassungsänderung erklärt den Artikel 61, Abs. 2 der Verfassung ohne Änderung des Wortlauts für kraftlos und weist die Drohung der Ausdehnung der feindlichen Befehlsbefugnis zurück.

Hannover, 5. Sept. Generalfeldmarschall von Hindenburg dankt öffentlich für die zahlreichen Glückwünsche anlässlich der Tannenbergfeier, die er selber nicht persönlich beantworten konnte.

Danzig, 4. Sept. Zur Polonisierung von Danzig wurde der polnischen Regierung vom polnischen Nationalauschuss in den Vereinigten Staaten 15 Millionen Dollars überwiesen. Eine weitere halbe Million soll folgen. Die polnische Bevölkerung hofft immer noch, daß Danzig die Hauptstadt des polnischen Reichens wird.

Königsberg, 4. Sept. In West- und Ostpreußen verdrängen die Polen immer wieder, auch unter dem deutschen Militärpropaganda für Polen zu treiben. Es erscheinen Flugblätter, die an die Militärpersonen gerichtet sind und in denen die Soldaten aufgefordert werden, nicht gegen die Polen zu kämpfen. Als Urheber und Verbreiter derselben ist der Amtsnachfolger des polnischen Generalkonsulbüros, von Dombrowski, festgestellt.

## Die Stellung des bayerischen Kronprinzen zum Volksstaat.

Der frühere bayerische Kronprinz, der sich wegen seiner von der Entente verlangten Auslieferung unter den Schutz des bayerischen Landtags wie unter den des bayerischen Volkes gestellt hat und dem der Landtagspräsident in seinem Schreiben diesen Schutz auch zusagte, hat an den Landtagspräsidenten Franz Schmitt, den sozialdemokratischen Parteiführer, ein neues Schreiben gerichtet, dem wir die folgenden Sätze entnehmen:

Da ich in der Monarchie keinen Verlorenfall, sondern ein großes Prinzip sehe, steht für mich über jeder Dynastie das Land. Darum verlange ich von mir wie auch von jedem deutschen Fürsten, daß er sich vorbehaltlos der staatlichen Entscheidung seiner Heimat fügt und alle Versuche weit von sich weist, sich durch fremde Wünsche unterstellt, in den inneren Gestaltungsprozess einzumengen. Ich habe bereits Anfang November 1918 eine dahngehende, öffentlich bekannt gemachte Versicherung abgegeben. — Der bayerische Kronprinz hat am 29. August keine Verbindung mit der Prinzessin Antonie von Luxemburg gelehrt.

## Der Deutsche Evangelische Kirchentag.

Der jetzt in Dresden abgehalten wird, ist von etwa 300 Geistlichen Kirchenlehrern und Vertretern der evangelischen Arbeiterbewegung besucht. Den Höhepunkt des ersten Verhandlungstages bildete der von dem unerwartetermaßen Vertrauen an die Zukunft der evangelischen Kirche getragene Vortrag des bekannten Leipziger Universitätslehrers Professor Dr. Jemel über den evangelischen Glauben als Kraftquelle der Gegenwart. Durch alle Verhandlungen zog sich die Ueberzeugung, daß es unbedingt gelingen müsse, unbeschadet der Besonderheit der einzelnen Landeskirchen, ihr Zusammenwirken in wichtigen Kirchentagen zu erreichen. Hierfür sind eine Anzahl Grundzüge aufgestellt, die in den nächsten Tagen beraten werden sollen. Auch einige Erklärungen zugunsten unserer Kriegsgefangenen, der Glaubensgenossen in den abgelösten westlichen Gebieten, für die Rückauslieferung des Koffers und kraftvollere Vertretung der evangelischen Auslandskirchen bei den politischen Behörden werden vorbereitet.

## Kalche Heimbeihilfe der Kriegsgefangenen.

Berlin, 5. Sept. Der englische Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission in Köln hat ein Telegramm folgenden Inhalts erhalten:

Wir beabsichtigen, Vertreter der Londoner Zentralbehörden und des englischen großen Hauptquartiers in Frankreich zu einer Besprechung nach Köln zu entsenden. Diese sollen gemeinsam mit Vertretern der Armee-Oberkommandos der Besatzungstruppen unter Führung der englischen Waffenstillstandskommission mit deutschen Vertretern verhandeln und mit ihnen einen Plan entwerfen, auf welche Weise täglich bis zu 10 000 Gefangenen heimbeihilft werden können. Diese Besprechung wird heute im „Kölnener Hof“ in Köln stattfinden.

## Gegen die Verhehung unseres Volkes.

wendet sich ein Aufruf, dem wir folgendes entnehmen: In einer Zeit, die mehr als je die gemeinliche Arbeit aller, die sich zu Deutschland bekennen, zur Pflicht macht, macht sich eine bedauerliche erbitterte antisemitische Verhehung bemerkbar. Überall tauchen Flugblätter auf. Der Ton wird immer giftiger; man freut sich sogar nicht mehr, ganz offen zu Pogromen aufzufordern, wie der Osten Europas sie schauernd erlebt hat. Hand in Hand damit geht eine geheime Propaganda, deren Zweck es ist, die deutsche Arbeiterschaft zum Judentum aufzureizen. Wer heute Klassen- und Klassenhass predigt und die niedrigsten Instinkte der menschlichen Natur zu erwecken sucht, begeht ein Verbrechen gegen das Vaterland und gegen die Grundzüge allgemeiner Sitlichkeit, die in unserem Volke so tief wurzeln, wie nur bei irgendeinem anderen, die uns aber unsere Feinde zu Unrecht abspreden. In der schwersten Stunde des Vaterlandes richten wir daher an alle redlich denkenden Deutschen jeder Parteirichtung und jeden Glaubens, und nicht zuletzt an das arbeitende Volk, die dringende Mahnung, im Interesse der Gesamtheit der verhehenden Arbeit mit allen Kräften entgegenzutreten.

## Auch die Jugend will demonstrieren.

Die „Freie sozialistische Jugend Deutschlands“ wendet sich an die arbeitende Jugend in einem mit kommunistischen Ideen durchtränkten Flugblatt, in dem folgende Forderungen aufgestellt sind: 1. Verbot der Arbeit für alle Mädchen und Jungen unter 18 Jahren; 2. Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter; 3. Einführung von bezahlten notwendigen Ferien im Jahr für die jugendlichen Arbeiter bis zum 21. Jahr; 4. Einführung des Sechsstundentages; 5. Anreizende Entlohnung; 6. Reform des Lehrlingswesens (Kürzung der Lehrzeit, Abschaffung des Lehrlingsvertrages, Errichtung von kommunalen und staatlichen Lehrwerkstätten); 7. Reform und Ausbau der Gewerbe- und Fortbildungsschulen; 8. Mitbestimmungsrecht aller gewerblich tätigen Jugendlichen in Betriebsangelegenheiten und beim Ausbau der Sozialversicherung. Für diese Forderungen wird zum Teil doch recht unerlösten Forderungen wird nach der Ankündigung des Flugblattes die sozialistische Jugend der ganzen Erde (?) am Sonntag, den 7. September in allen Ländern (?) demonstrieren. (Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Eine Jugend, der solche Ideen eingepflanzt werden, die zu solchen Forderungen in noch unreifem Alter erzogen wird, bedeutet für Deutschlands Zukunft den völligen Zusammenbruch. Einem Zusammenbruch mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten ist Aufgabe jedes Deutschen, der sein Vaterland wahrhaftig liebt und es mit dem deutschen Volke christlich meint. Schriftl.)

## Ausland.

Wien, 4. Sept. Die Blätter österreichischer Reichsregierungen des Staatskanzlers Renner, die er gegenüber privaten Berichterstattern in Saint Germain getan hat. Politisch und national, so erklärte der Staatskanzler, sind wir schwer getroffen. Unser Staat wird beschränkt auf die deutschen Alpenländer. Die Nationalversammlung wird darüber entscheiden müssen, ob trotzdem der Vertrag unterzeichnet werden kann. In nationaler Beziehung läßt unsere Republik ihre Handlungsfreiheit ein und das mit elementarer Gewalt in den Novembertagen herangezogene Anstaltsleiter wird auf den schwierigen Weg von Verhandlungen mit dem Völkervertrag verwiesen. Wir erhalten eine politische Souveränität, von der wir kaum Gebrauch machen dürfen und werden dazu der vollständigen ökonomischen Oberhoheit der allierten Großmächte unterworfen, die sich in dem Reparationsauslaß verkörpern, mit dem Völkervertrag als höchster Instanz. Sie wollen einen Vertrag errichten und belassen ihn sofort mit einem Räthsel. Dieser Vertrag ist nun vor die fürchterliche Prüfung gestellt. Diese



prode auch aus anderen ansehnlichen Stellen oder Ämtern  
verleihen. Wir müssen uns zusammenschließen in doppelter  
Stärke und uns einheitlich organisieren zu einer wirklichen Ge-  
meinschaft und alle Kräfte einleihen, jeder Einzelne. Dann kann  
es uns gelingen.

**Bern, 4. Sept.** Das Eidgenössische Pressebüro in Bern meldet,  
dass die Polen in den von ihnen besetzten Gebieten Litauens die  
Bauernschaften einführten, d. h., dass die Bauern für die Großgrund-  
besitzer zwei Tage in der Woche unentgeltlich arbeiten müssen.  
Die litauischen Bauern aus den polnischen Teilen des Gouverne-  
ments Wilna haben sich an die englische Militärmission in Vi-  
lnius gewandt.

**Paris, 5. Sept.** Aus Belgrad wird gemeldet, dass die Na-  
tionalversammlung aufgelöst und die Militärdiktatur errichtet  
wurde, falls die Bildung einer neuen Koalitionsregierung schei-  
tern sollte.

**London, 5. Sept.** Der englische Bergarbeiterverband hat ein-  
stimmig die Vorschläge der Regierung über die sozialen Reformen  
in den Bergwerken verworfen und die Verstaatlichungsfrage dem  
Gewerkschaftskongress überwiesen.

#### Deutschland unter feindlicher Finanzkontrolle.

**Rotterdam, 5. Sept.** „Dutch Mail“ meldet aus Paris, dass  
eine neue Entente-Kommission gebildet werde, die die Kontrolle des  
deutschen Staatshaushaltes im Sinne der Bedingungen des Fried-  
ensvertrages übernehmen soll. Die Tätigkeit der neuen Kom-  
mission werde mit der Ratifikation des Friedensvertrages be-  
ginnen.

#### Ein Ultimatum der Alliierten an Rumänien.

**Amsterdam, 4. Sept.** Nach einer Reutersmeldung aus Paris  
ist die rumänische Frage in ein akutes Stadium getreten. Da  
der Oberste Rat auf die kürzlich an Rumänien gerichtete Note kei-  
nerlei Antwort erhalten hat, hat er beschlossen, einen Abgesandten  
nach Bukarest zu schicken, um der rumänischen Regierung ein be-  
stimmtes Ultimatum zu überreichen. Sollte Rumänien sich weigern,  
die Bedingungen des Ultimatum in der angegebenen Frist zu  
erfüllen, so werden die diplomatischen Beziehungen zwischen  
den alliierten und assoziierten Regierungen einerseits und Rumä-  
nien andererseits aufgehoben und der Abgesandte der alliierten  
und assoziierten Mächte wird mit den in der rumänischen Haupt-  
stadt wohnenden diplomatischen Vertretern dieser Mächte von Bu-  
karest abgerufen.

Nach einer anderen Reutersmeldung aus Paris erfährt man,  
dass in dem Ultimatum an Rumänien verlangt wird, dass es Un-  
garn räumt und anerkennt, dass alle Requisitionen an die Alliierten  
zur Verteilung unter die kriegführenden Ungarn ausgeliefert  
werden müssen.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken (6. September 1919).

Wenn wir nur wollten.

Wir können den Menschen um uns her das Leben ver-  
bittern, aber auch verhehlen. Wir können es ihnen zum melancholi-  
schen Regentag machen, aber wir können auch Sonnenschein  
auf ihren Weg leiten. Wir können ihnen beständig zu tragen  
haben, aber wir können ihnen auch tragen helfen. Wir können  
sie reizen und ärgern, sie in Versuchung führen, sie zur Sünde  
treiben, aber wir können auch das Böse in ihnen dämmen und  
sie für das Gute gewinnen.

W. Benz.

Wir können einander viel Fein bereiten  
mit herben Bitten;  
Wir tragen so schwer an Einsamkeiten  
und sehr keine Bräuen  
Wir tun uns wehe mit Wort und Mienen,  
die wir hier wandern,  
und alles Verschulden, das uns erschauern,  
liegt bei „den andern“.

Wir könnten einander so festig machen,  
wenn wir nur wollten...  
es perle gar bald ein frohes Lachen,  
wo Tränen rollen!

Marie Sauer.

**Neuenbürg, 6. Sept.** Ab Montag, 8. September läuft von  
Birkenfeld nach Pörsheim ein Arbeiterzug; Birkenfeld ab 6,26,  
Beddingen ab 6,33, Pörsheim an 6,40 Uhr vormittags. Der  
Zug vormittags ab Neuenbürg 6,08 Uhr hält in Birkenfeld nur  
noch zum Aussteigen, einsteigen darf niemand.

**Neuenbürg, 5. Sept.** (50 Mark-Scheine umtauschen.) Auf  
eine Anfrage bei der Reichsbank teilte diese mit, dass die 50 Mark-  
Scheine mit dem Aufdruck 20. Oktober 1918, die jetzt aus dem  
Verkehr gezogen und deshalb umgelaufen sind, am 10. Sep-  
tember in ihren Händen sein müssen. Die Besitzer solcher  
Scheine müssen den Umtausch deshalb möglichst sofort, spätestens  
aber am 8. September, bewerkstelligen, wenn sie nicht Nachteile  
erwarten wollen. Alle öffentlichen Kassen, die Postanstalten,  
Oberamtsparzellen nehmen den Umtausch vor.

**Wildbad, 5. Sept.** (Der Bod als Gärtner.) Wir lesen im  
„Engelboten“: Dessenfalls Anfrage an die Stadtverwaltung in  
Wildbad. Ist es der Stadtverwaltung bekannt, dass das Ar-  
beiterratsmitglied und Lebensmittelkontrolleur Schlüter seit Juni  
täglich 1 Liter Milch mehr bezog als ihm zusteht und was ge-  
denkt die Stadtverwaltung in dieser Sache zu tun? Dessenfalls  
Aufklärung wird erwünscht! Viele Versorgungsbedürftige, denen  
in dieser Zeit Milch abgezogen wurde.

#### Württemberg.

**Stuttgart, 5. Sept.** (Noch kein Waller Wein.) Vom Boden-  
see war uns die Nachricht zugegangen, dass die Einfuhr von 1  
Million Liter Waller Wein zu 5,50 Mark per Liter nahe  
beworfen. An zuständigen Stellen in Württemberg ist, wie das  
„Neue Tagblatt“ erfährt, bis jetzt nichts davon bekannt.

**Böblingen, 4. Sept.** (Blumentag.) Für die hiesigen Kriegs-  
gefangenen wurde ein Blumentag abgehalten, zu dem die Gärtner  
und Gartenbesitzer die Blumen unentgeltlich lieferten. Die Sam-  
lung erbrachte im ganzen 3570,74 Mark.

**Kollnburg, 5. Sept.** (Besitzwechsel.) Die bekannte Brauerei  
und der Gasthof zum „Ochsen“ haben die Erben der Brauerei  
Marquart in Lötzingen um 150 000 Mark käuflich erworben.

**Friedrichshafen, 5. Sept.** (Gefahrer Schmuggler.) Auf dem  
Stadtbahnhof ist gestern wieder ein Schmuggler mit einem Zent-  
ner Weisfische abgefangen worden, der nach Konstanz bestimmt war.

**Friedrichshafen, 5. Sept.** (Die Zukunft der Bodenseedamp-  
fschiffahrt.) Der hiesige Gemeinderat behandelte als ersten Gegen-  
stand der heutigen Sitzung die Frage der Zukunft der Bodensee-  
Dampfschiffahrt im Anschluss an einen von Max Koch verfassten,  
im „Oberschwäbischen Anzeiger“ erschienenen Artikel und stimmte  
den darin aufgestellten Grundrissen und Forderungen betr. die  
Betriebs des Nord-Süd-Verkehrs über Friedrichshafen und Er-  
richtung einer Personentransportlinie Friedrichshafen-Romanshorn  
einstimmig zu.

**Mergenthal, 5. Sept.** (Kurverlängerung.) Mit Rücksicht  
auf die außerordentliche Bedeutung des Bades Mergenthal als

Seebad hat das Kurverwaltungsrat genehmigt, dass von Ende  
unter den bestehenden Einschränkungen bis zum 30. September  
offen gehalten werden darf.

**Ravensburg, 5. Sept.** (Der Wörder als Selbstmörder.) Nach  
wochenlangen eifrigen Nachforschungen der Staatsanwaltschaft  
und des Gendarmenregiments ist es nunmehr gelungen, den Aufenthalt  
der den Namen nach bereits seit einiger Zeit den zuständigen  
Stellen bekannten Wörder des hiesigen Pferdehandlers Vlg aus-  
findig zu machen und zu ihrer Verhaftung zu schreiten, die auf  
bayerischem Gebiet erfolgte. Der Haupttäter Robert leistete bei  
seiner Verhaftung heftigen Widerstand und schoß auf die Gen-  
darmen. In die Enge getrieben, richtete er schließlich die Waffe  
gegen sich selbst und entleerte sich durch einen Schuß in die Schläfe.  
Zwei Händlerinnen aus Unterdeuffingen, die an der Mordtat be-  
teiligt waren, wurden ohne weitere Zwischenfälle festgenommen.  
Der Wörder Robert ist, wie weiter bekannt wird, 26 Jahre alt,  
hat das Metzgerhandwerk erlernt und stammt aus Erbach bei  
Waldsee. Seine Verhaftung sollte in Schwabmünchen in Bayern  
erfolgen. Er hatte auf seinen Verfolger 7 Schüsse abgegeben,  
ehe er sich selbst entleerte.

#### Bermischtes.

**Berlin, 5. Sept.** In Groß-Berlin treten neue Beschränkung-  
einschränkungen in Kraft. Danach ist den Geschäften die Ab-  
nahme von Gas und Elektrizität nur von morgens 9 Uhr bis  
abends 10 Uhr erlaubt. Auch der Straßenbahnverkehr wird nur  
bis abends 10 Uhr aufrecht erhalten.

**Vom Handel mit Bauerngütern.** In der „Frankfurter Tages-  
post“ lesen wir: Beiher Amerling kaufte im Jahre 1912 seinen  
Bauernhof in Oberjersdorf für 50 000 Mark. Vor etwa 14 Tagen  
verkaufte er ihn an den Landwirt Schäfer aus Donauwörth für  
340 000 Mark. Schäfer hat jetzt nach nur 14 tägigem Besitz den  
Hof zum Preis von 500 000 Mark weiterverkauft. Der Hof hat  
in seinen Jahren eine Wertsteigerung von 450 000 Mark erfahren,  
weil gewisse Leute noch nicht um ihre Kriegsgewinne erleichtert  
sind. Staat greif zu!

**Aus Gram über den Verlust unserer Kolonien.** Dem frei-  
willigen Tod des Gen. Regierungsrats Hababicht aus Gram über  
Deutschlands Zusammenbruch schließt sich ein ähnlicher tragischer  
Fall in Wilmersdorf an. Dort ist der 60jährige Bergingenieur  
Wilhelm Janke freiwillig aus dem Leben geschieden aus Gram  
über den Verlust unserer Kolonien. In der von dem Verstorbenen  
verfassten, am seinem Bruder veröffentlichten Todesanzeige  
heißt es, daß der Verstorbenen 25 Jahre lang am Erwerb, der  
Verteidigung und Entwicklung Ostafrikas teilnahm und dessen  
Verlust nicht überwand.

**Das Neueste was geflohen wird.** Der „Frankf. Generalan-  
zeiger“ berichtet: Eine neue Spege-Diebe machte sich seit einigen Tagen  
in der Stadt unheimlich bemerkbar, die die in den Morgenstunden  
zur Durchkühlung in die Fenster gelegten Betten mit langen Händen  
herunterangel und stiehlt. Gewöhnlich werden die nach der  
Dunkelheit hinausliegenden Betten geflohen, neuerdings verziehen  
die Diebe den Diebstahl aber auch schon von der Straße aus.

#### Handel und Verkehr.

**Stuttgarter Mollobstmarkt, 5. Sept.** Erste Zufuhren am 3.  
und 4. September auf dem Nordbahnhof zusammen drei Wagen  
einheimisches Obst. Preis im Kleinverkauf 18 Mark für 50 Kilo-  
gramm. Auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 600 Zentner, Preis  
18—20 Mark für 1 Zentner. — Am 5. Sept.: Zufuhr auf dem  
Nordbahnhof 2 Wagen einheimisches Obst, Preis 18 Mark für  
50 Kilogramm.

#### Neueste Nachrichten.

**Karlsruhe, 5. Sept.** Infolge des Umsturzgesetzes der natio-  
nalistischen Bewegung im Elsaß verlangt die offizielle elsässische  
Presse in Zeitungsartikeln Hochverratsprozesse gegen die Autonomien-  
führer Kapp, Ley und Wirth wegen Aufzehrung des elsässischen  
Volkes zur Erziehung und Befähigung der Sicherheit des Staates.  
In einem Artikel des „Revue“ fordert Wette die französische  
Regierung zu energischem Einschreiten auf. Es heißt fest, daß die  
Eisenbahn-, Post- und Polizeibeamten gemeinsame Sache mit den  
Autonomisten im Elsaß machen. Das Land ist von ihren Flug-  
schriften überschwemmt.

**Donauwörth, 5. Sept.** Infolge der hier stattgefundenen  
Demonstrationen nahen sämtliche Kurgäste innerhalb 24 Stunden  
die Stadt verlassen. Einer weiteren Frist von 24 Stunden wurde  
nicht statgegeben. Das schlechte Brot wurde von den Bäckern  
gegen besseres eingetauscht. Das Mehl soll reines Gerstemehl  
gewesen sein, ohne jede Beimischung. — Der Bürgerausschuß be-  
schloß den Erwerb und die Aufstellung einer Seuchensonde.

**Köln, 5. Sept.** In der Waidbacher Straße wurden dem Kauf-  
mann einer Expeditionsfirma 50 000 Mark von drei Unbekann-  
ten geraubt, die ihm auf seine Hüften zwei Messerstücke  
beibrachten und zu Hilfe eilende Zivilisten zurückstießen. Die  
Räuber entkamen mit dem Geld. — Auf dem Hansaring wurden  
einem Bürger durch Einbruch 100 000 Mark geraubt, die er für  
einen Hauskauf liegen hatte. Drei Verdächtige, Schwereverbre-  
cher, wurden verhaftet, das Geld aber nicht gefunden.

**Dortmund, 6. Sept.** Die Polizei verhaftete zwei Betrüger aus  
Berlin, die im Borenhause Althoff für 12 000 Mark falsche  
Banknoten in Zahlung gegeben hatten. In ihrem Besitz fand  
man noch größere Posten gefälschter Banknoten.

**Leipzig, 5. Sept.** Heute Vormittag ist der Chefpilot Otto  
Frischke mit einem Flugzeug der Automobil- und Aviation, A.-G.,  
tödlich abgestürzt. Die Ursache des Unglücks dürfte in einem  
Materialfehler zu suchen sein. Chefpilot Otto Frischke hatte sich  
in seiner Frontalität als hervorragender Kampfflieger bewährt  
und war von der Heeresverwaltung der Automobil- und Aviation,  
A.-G., zum Einstiegen von Kampf- und Versuchsmaschinen zur  
Verfügung gestellt worden.

**Berlin, 5. Sept.** Die Verteidigung der Beamten in den Reichs-  
zentralbehörden ist bereits zum größten Teil erfolgt. Auch in den  
nachgeordneten Dienststellen hat bereits eine große Anzahl Be-  
amter den Eid auf die neue Verfassung geleistet. Die Verteidig-  
ung der Truppen steht unmittelbar bevor.

**Berlin, 6. Sept.** Laut „Berliner Volksanzeiger“ wurde Frei-  
herr von Voser durch ein Telegramm des Ministers des Aus-  
wärtigen nach Berlin berufen.

**Bremerhaven, 6. Sept.** Hier sind drei englische Handels-  
dampfer mit Lebensmitteln für Deutschland und die Lische-  
Schiffahrt eingetroffen. Die Waren seien von der deutschen Re-  
gierung in Gold bezahlt worden.

**Bern, 5. Sept.** Nach der Veröffentlichung sollen die Vereinigten  
Staaten dem internationalen Wirtschaftsrat mitgeteilt haben, daß  
sie sich gezwungen sehen, die Getreideablegerungen nach Europa  
einzuschränken. Es könne nur noch etwa die Hälfte der in Aus-  
sicht gestellten Menge — und zwar bereits in verarbeitet — aus-  
geführt werden.

**Bern, 5. Sept.** „Secolo“ berichtet aus Rom, daß die von  
Frankreich, Italien und England getroffene Lösung der Frage

von Rom gezeichnete und ohne Zuzug des italienischen  
Wollens ausgeführt werden soll.

**Paris, 5. Sept.** Der Präfekt für das Oberelss hat an die  
oberelssische Bevölkerung einen Erlaß gerichtet, wonach die in  
dem Waffenstillstand gemachten Schulden an die in Deutschland  
lebenden deutschen Untertanen nicht direkt an die Alliierten zu  
zahlen werden dürfen. Die Schulden gelten zunächst als Forderungen  
der alliierten Nationen. Jegliche Zahlung aber, welche das Wohl-  
stand vermindern würden, würden den Schuldnern des Ge-  
setzes entgegen, zweimal zahlen zu müssen.

**Die württembergische Kohlenabordnung**  
wurde letzte Woche in Berlin beim Reichswirtschaftsminister  
empfangen. Unterstaatssekretär Hirsch sagte mögliche Berücksich-  
tigung der Wünsche zu und brachte seinerseits den Wunsch aus,  
daß auch Württemberg Arbeitskräfte und Wohnbaracken in die  
Bergbauregionen senden möge, um die Förderung der Kohlen-  
steigern.

#### Obstversteigerungen.

Aus dem ganzen Lande mehren sich gegenwärtig die Klagen,  
daß bei den Versteigerungen von Gemeindefrüchten die Steigerer  
vergessen und Preise bezahlet, die von den Kommunalbehörden  
weder gewünscht noch erstritt werden. Diese haben vielmehr be-  
sondere Erlasse herausgegeben, wonach auswärtige Steigerer aus-  
geschlossen sind und das Obst nicht weiterverkauft, sondern nur  
im eigenen Haushalt Verwendung finden darf. Trotzdem sind  
die hohen Preise! Es ist nun die Frage auszumachen, ob in  
dem System des Versteigerens nicht gebrochen werden könnte, so  
daß die Gemeindefrüchte wäre der Ausfall jedenfalls nicht so groß  
wie er nicht ertragen werden könnte. Nach dem Bekanntwerden  
der Behörden soll es ja in erster Linie denjenigen möglich gemacht  
werden, sich etwas Obst zu erwerben, die nicht im Besitz von  
Grundstücken sind und selbst keinen Obstertrag ihr eigen nennen.  
Wäre es deshalb nicht angebracht, wenn an Stelle der Verstei-  
gerung die gerechtere Verteilung der Verlobung treten würde?  
Eintrag würde durch eine Kommission geschätzt und unter die  
geschätzten Bewerber öffentlich ausgeteilt. Sind dies mehr  
Liebhaber für ein Los die Lose müßten in keinem Verhältnis  
angelegt werden) vorhanden, so würde unter ihnen das Los  
entschieden. Dadurch würde auch jede Eifersucht bei den  
Bewerbern ausgeschlossen und es wäre auch dem Windverwehen  
und weniger Begünstigten möglich, zu einem kleinen Teil daran  
teilzunehmen.

#### Zu den Vorgängen in der Pfalz.

**Mannheim, 5. Sept.** Die Pfalzzentrale meldet: Gestern hat  
im Krankenhaus die erste öffentliche Versammlung statt, zu der  
sämtliche Parteien eingeladen hatten und die einen gewaltigen  
Besuch zu verzeichnen hatte. Der Reichstagsabgeordnete  
Abgeordnete Probst hielt das große politische Referat über die  
politische Lage und sprach dabei das Todesurteil über die  
Lösungsbestrebungen aus. Die Haas und Benzen beschränkte  
zum erstenmal öffentlich als hoch- und Landesverrat. Die  
Vertreter der übrigen politischen Parteien sprachen sich in gleicher  
Sinn aus. Die Rede endete mit dem Verlangen: Dem  
Pfälzern Rede- und Versammlungsfreiheit, damit sie ihre  
politischen Angelegenheiten selbst erledigen können; dann wird  
in Ruhe im Lande eintreten. Eine Resolution in diesen  
Sinn wurde von den Tausenden Versammlungsteilnehmern angenom-  
men. Am nächsten Sonntag finden gleiche Versammlungen in  
Speyer, Neustadt a. S., Zweibrücken, Kaiserslautern, Straßburg,  
Landau usw. statt.

Der letzte der im Zusammenhang mit den Vorgängen in der  
Waldgraben verhafteten Personen, der Postbote Juchmann ist  
Meldung der „Pfälzischen Zeitung“ nunmehr auch aus der Haft  
entlassen worden. Damit ist die Gefahr des drohenden Generals-  
streiks beseitigt. Die Vorgänge auf dem Hauptpostamt Waldgraben  
haben nach ein weiteres Opfer gefordert. In der letzten  
Nacht ist im Krankenhaus Waldgraben der Postkassierer Paul  
seinen Verletzungen erlegen.

**Die Beschlagnahme der herzoglichen Güter in Gotha.**

**Gotha, 5. Sept.** Die Volksbeauftragten von Gotha hatten  
der Frage der Liquidierung der herzoglichen Güter und Ver-  
kaufes des Herzog einen Vergleich auf 15 Millionen geboten.  
Der Herzog hat darauf bislang mit keiner Silbe geantwortet. Die  
Gefahr bestand, daß die Güter verschoben wurden, und da die  
Volksbeauftragten dafür sichere Unterlagen in Händen hatten,  
glaubten sie zuzureifen zu müssen und die Beschlagnahme aus-  
sprechen. Sie haben aber nicht die Absicht, irgend eine Entschä-  
dung über den herzoglichen Besitz zu treffen, ehe nicht eine gericht-  
liche Entscheidung vorliegt.

**Günstige Ergebnisse der Leipziger Messe.**

**Berlin, 5. Sept.** Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“  
sind die Ergebnisse der Leipziger Messe sehr günstig. Infolge  
des Eingetretens der Rundschaft aus den feindlichen Staaten sind  
die früheren geschäftlichen Verbindungen wieder angeknüpft wor-  
den. Die Einfuhr aus Nordamerika und England haben  
effektive Aufträge erteilt, während die Franzosen in der Haupt-  
sache zu unterrichten suchen und die Erstellung von Aufträgen  
durch Besuch der Fabriksplätze in Aussicht stellen. Die Amerikaner  
haben großen Bedarf namentlich in Porzellan geltend gemacht.  
Aus Südamerika, Italien, Spanien und Polen waren unter  
Einkäufern vertreten. Was die Beteiligung der Inlandsindustrie  
angeht, so ist sie in Bezug auf Aufträge sehr zurückhaltend  
stimmte, wohl in Erwartung des Abbaus der Preise.

**Vom deutschen evangelischen Kirchentag.**

**Dresden, 5. Sept.** Der erste deutsche evangelische Kirchentag  
beschloß in seiner heutigen siebenten Vollversammlung die Gründung  
eines Bundes der evangelischen Landeskirchen Deutschlands, der  
durch den Kirchentag vorbereitet werden soll. Der Bund soll  
einen möglichst engen Zusammenschluß der deutschen evangelischen  
Landeskirchen und die Förderung des gesamten deutschen Protes-  
tantismus auf allen Gebieten seiner Lebensstätigkeit herbeiführen  
und die Vertretung seiner Interessen nach außen übernehmen. In  
Anschluß hieran beschloß der Kirchentag noch eine Reihe weiterer  
Rundgebungen, so u. a. eine Rundgebung an das deutsche evange-  
lische Volk, in der dieses aufgefordert wird mitzuwirken an der  
Aufgabe, die sich der soeben gegründete Bund gestellt hat, die  
sittlichen und moralischen Kräfte in allen Kreisen des Volkes geltend  
zu machen. Ferner eine Rundgebung gegen die Aburteilung des  
deutschen Kaisers durch die feindlichen Mächte, eine Rundgebung  
für die deutschen Kriegsgefangenen, eine Rundgebung an die  
evangelischen Gemeinden in den abzutretenden Gebieten und eine  
Rundgebung für die deutsch-evangelische Heidenmission.

**Einführung des „Steuerzinses“.**

**Berlin, 5. Sept.** Eine Berliner Korrespondenz erfährt von  
unrichtlicher Seite: Der Reichsfinanzminister Erzberger hat ein  
Projekt des Roten ausstausches nur unter der Voraussetzung  
lassen, daß die Sachverständigenkommission neue gangbare  
findet, um von Steuerhinterziehern verschobene oder verheimlichte



kapazität zu erlangen. Am meisten beachtet sind bisher von Pro-  
jekt des Steuerrechts. Die Steueranlagungskommission erhält  
das Recht, gegen Steuerpflichtige das Steuerverfahren einzulei-  
ten, falls Zweifel an der Wahrheit oder Vollständigkeit seiner  
Angaben entstehen. Bei Ablegung des Steuerrechts hat der Steuer-  
zahler das Recht, seine bisherigen Angaben zu korrigieren. Ver-  
letzt der Steuerzahler den Eid, so hat er schwere Steuerstrafen,  
sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu gewärtigen.

### Neue Reichsgesetze.

Das Reichsministerium des Innern ist zur Zeit mit der Vor-  
beratung einer großen Anzahl neuer Reichsgesetze beschäftigt, die  
durch das Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung notwendig ge-  
worden sind. Das wichtigste ist das Reichswahlgesetz, das nach  
den Artikeln 23 und 120 der Verfassung vorbereitet werden muß.  
Es wird die Bestimmungen über die Wahl des Reichspräsidenten  
und ferner Bestimmungen über Volksabstimmung bei der Neuord-  
nung von Staatsgebieten und endlich die Bestimmungen über  
Volksbegehren und Volksentscheid umfassen. Ferner wird der  
Gesetzesentwurf über den Staatsgerichtshof vorbereitet. Ein we-  
teres Reichsgesetz dient zum Vollzug des Artikels 13 Absatz 3 der  
Verfassung, wonach in Zweifelsfällen darüber, ob eine landes-

rechtliche Vorschrift mit den reichsrechtlichen vereinbart ist, die  
Reichsbehörden die Entscheidung eines obersten Gerichtshofes des  
Reichs anrufen dürfen. Auf Grund des Artikels 31 wird ein  
Gesetz über ein Reichsverwaltungsgericht für das Deutsche Reich  
notwendig, ebenso ein besonderes Gesetz über die Entschädigung  
der Reichstagsmitglieder und ihre Freiheitsrechte. Das Reichs-  
beamtengesetz ist der neuen Verfassung anzupassen, ebenso sind die  
Rechte der öffentlichen Beamten zu regeln, die nicht Reichsbeamte  
sind. Ein Gesetz über das Einschreiten der bewaffneten Macht im  
Falle von Tumulten und Unruhen nach Artikel 48 der Reichsver-  
fassung ist in Verbindung mit dem Reichswehrministerium und  
dem Reichsjustizministerium gleichfalls in Vorbereitung. Weitere  
Gesetzesentwürfe behandeln die Reichs- und Staatszugehörigkeit, die  
Freizügigkeit und die dazu gehörigen Staatsverträge, sowie end-  
lich das Auswanderungswesen.

### Erneute Hungerblockade?

Berlin, 5. Sept. Folgende Nachricht geht dem Berichterstatter  
der „Bödischen Volkszeitung“ indirekt aus Paris: Der Oberste  
Rat der Alliierten hat am letzten Samstag in einer geheimen  
Sitzung beschlossen, falls Deutschland die vorgeschriebenen Mengen  
Kohlen — 20 Millionen Tonnen jährlich — bis zum 31. Dezem-

ber 1919 nicht vertragsmäßig abliefern, ihm am 1. Januar 1920  
eine Rote zu übergeben, in welcher mitgeteilt wird, daß die Be-  
bensmittelzufuhr für Deutschland aufs neue gesperrt wird und  
zwar soll die Verfügung am Tage der Zustellung der Rote in  
Kraft treten. Ferner soll in der Rote verlangt werden, daß die  
9-stündige Arbeitszeit für alle Bergarbeiter in Deutschland sofort  
einzuführen ist. Endlich behalten sich die Alliierten vor, wichtige  
deutsche Kohlengebiete durch Ententetruppen zu besetzen.

### Vom Gewaltfriedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich.

Wien, 5. Sept. Ein Funkpruch des Korrespondenten aus Lyon  
vom 5. September meldet, der Oberste Rat habe die Frist für die  
Annahme oder Ablehnung des deutsch-österreichischen Friedens-  
vertrages um zwei Tage bis zum 9. ds. Mts. verlängert.

Wien, 5. Sept. Den Blättern zufolge erklärte Staatskanzler  
Renner bei seiner Ankunft Pressevertretern u. a.: Mit der Unter-  
zeichnung des Friedensvertrages ist unsere Arbeit nicht beendet.  
Wir betrachten den Abschluß der Friedensverhandlungen nur als  
eine Etappe in dem Instanzengang und wir werden vor der Re-  
parationskommission und dem Völkerbund weiterkämpfen. Son-  
ntag fährt er wieder nach Saint Germain, um dort nach den in  
Wien eingeholten Beschlüssen zu handeln.

### Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 2. Sep-  
tember 1919 die Wahl des Goldarbeiters Rudolf Neher  
in Salmbach zum Ortsvorsteher der Gemeinde Salmbach  
bestätigt.

Neuenbürg, den 5. Sept. 1919. Oberamt.  
J. B. Reg.-Ass. Kelling.

### Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg. Abgabe einer Auslandsmehlmischung und Herstellung von Kleimbrot.

Die Knappheit der Mehlbestände einheimischer Herkunft  
während der Uebergangszeit vom alten ins neue Wirtschaftsjahr  
und die dadurch gefährdete Brotversorgung hat der  
Landesgetreidestelle Stuttgart Veranlassung gegeben, zur  
Erweiterung der einheimischen Mehlbestände eine Auslandsmehlmischung  
(70% Weizen-Kroggen- und Gerstenmehl) heranzuziehen. Da das Auslandsmehl jedoch erheblich teurer  
ist, als das einheimische Mehl, so verbietet sich eine ver-  
mischte Verwendung des einheimischen und ausländischen  
Mehls von selbst, weil dadurch der seitherige Mehl- und  
Brotpreis auf mehr als das Doppelte in die Höhe schnellen  
würde. Im Interesse der Niederhaltung der seitherigen  
Mehl- und Brotpreise muß daher eine getrennte Bewirt-  
schaftung der einheimischen und ausländischen Mehle statt-  
finden und es ist ins Auge gefaßt, das ausländische Mehl,  
das von besserer Qualität ist, speziell für Roggenmehl und zur  
Herstellung von Kleimbrot zur Verfügung zu stellen, doch  
kann auch dieses Mehl mit Brot nur gegen Mehl- und  
Brotarten bezogen werden.

Für die Bewirtschaftung des ausländischen Mehls (nicht  
zu verwechseln mit dem amerikanischen Weizenmehl) werden  
folgende Anordnungen getroffen:

1. Das ausländische Mehl wird nur in einer Einheits-  
mischung ausgegeben und unterliegt ebenso dem Mehl- und  
Brotkartenzwang, wie das einheimische Mehl. Die Brot-  
ration erhöht sich dadurch nicht. Bezugsberechtigt ist jeder  
Brotkarten-Inhaber im Rahmen seiner Ration unbeschränkt.
2. Die Bäcker und Kleinbäcker beziehen das aus-  
ländische Mehl vom Kommunalverband in beliebiger Menge,  
aber nach Maßgabe der eingekauften Brot- und Mehlkarten.  
Dieselben sind verpflichtet, das ausländische Mehl getrennt  
zu halten und die Kontrolle wird darüber wachen, daß  
keine unzulässige Mischung stattfindet. Auf die Ablieferung  
der Säcke finden die seitherigen Vorschriften Anwendung.
3. Die Bäcker sind fortan berechtigt von dem aus-  
ländischen Mehl Kleimbrote zu 100 Gramm und 500  
Gramm herzustellen.
4. Für das ausländische Mehl und das aus demselben  
hergestellte Brot werden folgende Preise festgesetzt:  
a) Kommunalverbandmehlp reis einschl. der Zufuhr  
257 Mark 20 Pfg. pro 100 Kilo.  
b) Kleinverkaufspreis für  
Mehlmischung 1 Mt. 35 Pfg. pro 1 Pfund  
100 Gramm Brot 25 Pfg.  
500 Gramm Brot 1 Mt. 15 Pfg.  
Für das einheimische Mehl und Brot bleiben die seitherigen  
Mehl- und Brotpreise unberührt.
5. Die Ausgabe des ausländischen Mehls erfolgt von  
aus an durch die Rummühle hier.

Den 5. Sept. 1919. Oberamtspfleger Kübler.

### Bieh-Verkauf.

Von nächsten  
Dienstag, morgens 7 Uhr ab,  
habe ich im  
Gasthaus z. „Deutschen Kaiser“ in Altensteig  
einen Transport



schöne trüchtige Kal-  
binnen, trüchtige  
Kühe, Milchkühe,  
Zugochsen und schöne  
Oberländer Jungvieh

zum Höchstpreis zum Verkauf, wozu ich Liebhaber  
einlade  
**Max Lemberger,**  
Rexingen.

### Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Neuenbürg.

Die Gemeinden erhalten in den nächsten Tagen  
Ca. 13200 kg Haferstroh in 1/2 kg und 1/3 kg-  
Paletten und 1/2 kg Beuteln.

Die Unterausteilung ist Sache der Gemeinden und deren  
Lebensmittelstellen.  
Im Kleinverkauf darf ein Höchstpreis von 45 Pfg. für  
ein 1/2 kg-Paket und 82 Pfg. für ein 1/3 kg Paket nicht  
überritten werden.  
Neuenbürg, den 4. Sept. 1919.  
Oberamtspfleger  
Kübler.

### Arn bach.

## Lannen-Langholz- Verkauf

im schriftlichen Auffreiß,  
aus Abteilung Wolfgrub und unterer Bergwald,  
Stammholz 117,34 Festm. I., 100 Festm. II., 37,03 Festm. III.,  
7,74 Festm. IV., 0,49 Festm. V., 3,13 Festm.  
VI. Klasse,  
Sägholz 9,06 Festm. I., 5,03 Festm. II., 0,68 Festm.  
III. Klasse.

Die bedingungslosen schriftl. Angebote im ganzen und  
1/100 auf die einzelnen Lose wollen unterzeichnet und ver-  
schlossen mit der Aufschrift „Angebot auf Langholz“ spätestens  
Samstag den 13. Sept., abends 6 Uhr beim Schulth.  
Amt eingereicht werden.  
Die Öffnung der Offerten und Entscheidung über den  
Zuschlag erfolgt am Montag, den 15. Sept., vormittags  
9 Uhr auf dem Rathaus wobei die Submittenten anwohnen  
können.  
Den 5. September 1919. Gemeinderat.

Die zwei Paar, welche in  
dem  
**Bienenstand**  
in der Gernsbacherstraße in  
Herrenalb Sachen erworben  
haben, werden ihrer und ihrer  
Angehörigen Ehre halber auf-  
gefordert, die Sachen unner-  
züglich dem Besitzer zurückzu-  
geben. Die Täter sind erkannt  
und haben auch Beweismittel  
zurückgelassen.

Arn bach.  
Eine erstklassige, fehlerfreie,  
schwere, mit dem zweiten Kalb,  
36 Wochen trüchtige  
**Mulz- und  
Fahrkuh**  
hat zu verkaufen  
Eust Rayer, Schreiner.  
Fräulein sucht für sofort  
ein unmöbl.  
**Zimmer**  
mit Koch-Gelegenheit.  
Angebote unter E. S. 28  
an die Engstaler-Geschäftsstelle.

Arn bach.  
Eine erstklassige, fehlerfreie,  
schwere, mit dem zweiten Kalb,  
36 Wochen trüchtige  
**Mulz- und  
Fahrkuh**  
hat zu verkaufen  
Eust Rayer, Schreiner.  
Fräulein sucht für sofort  
ein unmöbl.  
**Zimmer**  
mit Koch-Gelegenheit.  
Angebote unter E. S. 28  
an die Engstaler-Geschäftsstelle.

als Darlehen von tüchtigem  
strebenden Geschäftsmann zur  
Erweiterung des Geschäfts in  
dies. Weise aufzunehmen ge-  
sucht. Gest. Angebote u. A. 20  
an die Engstaler-Geschäftsstelle  
abzugeben.  
**Bettmöbel.**  
Befreiung garantiert sofort.  
Alter und Geschlecht angeben.  
Auskunft umsonst.  
Verkaufhaus Wohlfahrt,  
München 308, Jabellstr. 12.

Kleiner leichter Bauern-  
wagen, neu oder wenig ge-  
braucht. Angebote mit Preis  
unter Nr. 19 an die Engstaler-  
Geschäftsstelle.

### Oberamtsstadt Neuenbürg.

### Zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen ist die Veranstaltung eines

## Blumentags

auf Sonntag, den 21. September geplant mit musi-  
kalischen und Gesangs-Aufführungen auf dem Marktplatz  
nach dem Vormittagsgottesdienst und nachmittags von 4 Uhr ab.  
Frauen und Mädchen, welche bei dieser Veranstaltung  
mitwirken wollen, werden ersucht, sich am Samstag, den  
6. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Frau Klara Schnepf  
im Zeichenaal des Schulhauses zu melden.

Ferner ist in Aussicht genommen, sämtlichen aus-  
marschierten Kriegsteilnehmern und den Hinterbliebenen  
von solchen Ehrengaben bei der späteren allgemeinen Be-  
grüßungsfeier zu überreichen.  
Dazu ist noch die Stärkung der von der Stadt ins  
Leben gerufenen Stiftung „Kriegerdank Neuenbürg“  
nöthig und es wird die Einwohnerschaft um weitere Gaben  
hierfür gebeten. Zur Entgegennahme sind die Stadtpflege  
und die Unterzeichneten gerne bereit.

- Neuenbürg, den 4. September 1919.
- Friedrich Holzappel, Obmann des Bezirkskriegerverbandes.
  - Christian Schönhaler, für den Kriegerverein I.
  - Eugen Mahler, für den Kriegerverein II.
  - Rudolf Hagmayer, für den Liederkreis.
  - Robert Herenbach, für die Freiwillige Feuerwehr.
  - Wilhelm Finkbeiner, für den Turnverein.
  - Emil Schmidt, für den Schützenverein.
  - Karl Sieringer, für den Radfahrerverein.
  - Graf Mann, für den Gewerbeverein.
  - Friedrich Heiner, für den Ev. Arbeiterverein.
  - Christian Blach, für die freien Gewerkschaften.
  - Arlmann Kelling; Defau Uhl; Schulrat Baumann;  
Rektor Bollmer; Hugo Bozenhardt, Apotheker; D. Strom,  
Buchdruckereibesitzer; Stadtpflege Giff; Stadtschulth. Knodel.

### Umpressen Damen-Hüte

aller Sorten

nach neuesten chiken Modelformen,  
erstklassige tadellose Ausführung  
:: Lieferzeit 8 Tage ::

### Badische Hut-Fabrik,

Pforzheim, westl. Karl-Friedrich-Strasse 53.  
Telefon 317.

### Freiwill. Versteigerung.

Montag, den 8. September 1919, vorm. 9 Uhr be-  
ginnend, werde ich im Auftrage, Schloßberg Nr. 11 nach-  
verzeichnete Wirtschaftsinrichtungsgegenstände usw. gegen  
Barzahlung öffentlich versteigern:  
a) 16 Tische (13 l., 3 runde), 17 Bänke, (versch. L.),  
96 Stühle, 3 Spiegel, eine Wanduhr, ein Räucher-  
apparat, eine Wurmmaschine, 20 Dugend Wirtschaftst-  
eller, 87 Platten, 56 Salotier, 12 Weilagefächer,  
42 Suppenterrinen, eine Anzahl Bier-, Wein-, Sekt-,  
Teegläser, Weinflaschen, Kannen, Tabletten, Reiche,  
zwei Dugend Bieruntersätze, Kistenbecher, Käsegloden,  
Besteck, Silberzeug, 36 Stück weiße und farbige Tafel-  
tucher, Würfelbecher mit Würfel usw.,

### Großes schönes Klavier

(Schwarz Fabrikat Huppfeld) mit elektr. Betrieb und  
allem Zubehör, Notenkasten, Noten, Klavierstuhl,  
b) 1 Buffet mit 3 Marmorpl., ein runder Tisch mit  
weißer Marmorpl., ein Konsol, 2 alt. Weistellen, mit  
Kost, 2 Tische und noch verschiedenes.  
Die unter a bezeichneten Gegenstände für Wirtschafts-  
anfänger sind so gut wie neu (Friedensware).  
Lade Kaufliebhaber dazu ein. Eine Stunde vor der  
Versteigerung können die Sachen besichtigt werden.  
Pforzheim, den 4. September 1919.  
A. Etter, Auktionar.  
Übernahme von Versteigerungen: Jahnstraße 5.





